

Von der Landespartei zum Zentrum (1877–1895). Der lange Weg zur politischen Emanzipation der württembergischen Katholiken

VON HANS PETER MÜLLER

Im Vorfeld der Landtagswahlen von 1876 schien sich eine Veränderung der württembergischen Parteienverhältnisse abzuzeichnen. Am 24. Oktober erschien im „Deutschen Volksblatt“, der führenden katholischen Zeitung des Landes, eine Einladung an die katholischen Wähler, die angesichts der bevorstehenden Landtags- und Reichstagswahlen zur Organisierung aufgefordert wurden. Es gelte, *die Grundsätze festzustellen, welche die katholische Landespartei sich zur Richtschnur nehmen sollte*. Zugleich werde eine *Einigung über die Kandidaturen* angestrebt. Einlader waren die beiden linksliberalen Abgeordneten Rudolf Probst (1817–1899) und Xaver Dentler (1814–1905), ferner Pfarrer Mattes aus Weingarten, der Stuttgarter Direktor Moser sowie der Redakteur Wengert¹.

Die am 30. Oktober in der Stuttgarter Liederhalle versammelten etwa 100 Personen kamen aus allen Landesteilen. Einleitend betonte Probst, als Ziel gelte es jedoch nicht, eine *eigene katholische Partei* zu konstituieren, da sich die Katholiken nicht als solche betrachteten – eigentlich ein Widerspruch zur Einladung. Vielmehr solle für die kommenden Wahlen ein *Leitfaden* geschaffen werden, der es den Katholiken ermögliche, ihr Wahlrecht auf *vorteilhafteste Weise* zu nutzen. Insofern werde von den Gewählten nicht verlangt, *im Landtag eine besondere Fraktion zu bilden*. Die von Probst erläuterten Grundsätze fanden in einer anschließenden Diskussion einmütige Zustimmung und wurden zum Beschluss erhoben. Ein erster Punkt plädierte dafür, nur *unabhängige, charakterfeste und freigesinnte Männer* zu wählen, die der zeittypischen *Hingebung an die Macht* widerständen. Im zweiten Punkt wurden die Katholiken aufgefordert, *treue Söhne ihrer Kirche* [zu] wählen, die bereit seien, kirchliche Rechte und Interessen *entschieden zu wahren*, würden doch inzwischen Kirchenfragen zu politischen Streitfragen gemacht.

¹ Deutsches Volksblatt (künftig: VB) Nr. 242 vom 24. 10. 1876. – Die Einladung ist insofern missverständlich formuliert, indem sie das Bestehen einer kath. Landespartei suggeriert. (Freundlicher Hinweis von Dr. K. Mayer in Calw.) Tatsächlich wollten die Einlader eine solche ursprünglich, d.h. bis zum bischöflichen Veto (s. u.), jedoch erst begründen.

Deutlich warnte der nächste Punkt vor der Wahl von Nationalliberalen; sie hätten die *Ausnahmegesetze* gegen die katholische Kirche maßgeblich zu verantworten. In Bezirken ohne katholische Mehrheit seien Kandidaten anderer Parteien wählbar, sofern sie gegen den *Kulturkampf* einträten und *für die Freiheit der Religionsausübung* und das Elternrecht zur religiösen Kindererziehung plädierten. In den Reichstag sollten Männer gewählt werden, die sich zum Zentrum bekannten. Wo solche nicht kandidierten gelte wiederum die Gesinnungstreue.

Schließlich wurde ein Komitee nominiert, das in Kontakt mit den Bezirken die Nominierung von Kandidaten besorgen sollte. Man trennte sich *höchst befriedigt* und gab der Hoffnung Ausdruck, Württembergs Katholiken würden *angenehm* überrascht reagieren². Der erwähnte Widerspruch zwischen Einladung und Versammlungsverlauf fand etwas später seine Erklärung: Landesbischof Hefele stellte klar, er habe an einer katholischen Landespartei *Anstoß genommen*, die Versammlungsbeschlüsse seien für ihn jedoch unbedenklich³. Die Stuttgarter Versammlung hatte das katholische Unbehagen mit den bestehenden Verhältnissen deutlich gemacht. Ob der Versuch einer Emanzipation nach Hefeles Intervention Erfolg haben sollte, blieb abzuwarten.

Es erscheint angebracht, zunächst einen Blick auf die Verhältnisse der Katholiken Württembergs nach der Reichsgründung zu werfen. Als Minderheit stellten sie etwa ein Drittel der Bevölkerung des Königreichs und lebten überwiegend in eher peripheren Gebieten. Dies waren vor allem Oberschwaben, d. h. die Oberämter Rottweil, Spaichingen und Rottenburg – dem Sitz des Landesbischofs – im Schwarzwaldkreis sowie die Bezirke Ellwangen, Aalen, Gmünd und Neresheim im Jagstkreis. Ihnen stand ein protestantisches Regierungs- und Beamtenestablishment gegenüber, das im Gegensatz zu den eher traditionell geprägten Katholiken sozusagen die ‚Moderne‘ verkörperte. Allerdings ist hier anzumerken, dass der katholische Ministerpräsident Mittnacht, „der überlegte und überlegene Leiter der württembergischen Politik“⁴, keineswegs einen antikatholischen Kurs steuerte. Gleichzeitig galt König Karl als katholikenfreundlich⁵. Schließlich bot die Erste Kammer, in der die katholischen Standesherrn die Mehrheit stellten, eine Art Schutzwall gegen „kulturkämpferische Gelüste“⁶. Dennoch war und blieb die

² VB Nr. 249 vom 1. 11. 1876. Vgl. auch Karl BACHEM, *Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei*, Bd. 4, Aalen 1967 (= ND der Ausgabe Köln 1928), S. 353 f.

³ VB Nr. 278 vom 6. 12. 1876.

⁴ Albert Eugen ADAM, *Ein Jahrhundert Württembergischer Verfassung*, Stuttgart 1919, S. 160.

⁵ Vgl. dazu etwa Franz STÄRK (Hg.), *Die Diözese Rottenburg und ihre Bischöfe 1828–1928*, Stuttgart 1928, S. 177.

⁶ BACHEM (wie Anm. 2) S. 350.

Minderheit mit einem oft pietistisch geprägten Antikatholizismus konfrontiert⁷, der seine Ergänzung im Wirken der preußisch gesinnten nationalliberalen Deutschen Partei fand⁸. Diskriminierend empfanden die Katholiken die Nichtzulassung der Jesuiten und sonstiger Männerorden, „einschränkende Vorschriften“ gegen die beliebten katholischen Schulschwestern kamen hinzu; im Landtag wurde „ein Sturm gegen sie entfacht“⁹. Die katholische Außenseiterrolle kam schließlich auch wirtschaftlich zum Ausdruck; Württemberg war nach der Jahrhundertmitte durch „two distinct economic units“ geprägt: „One industrialising fast and largely Protestant, the other agricultural and mainly Catholic“¹⁰. Ähnliches galt auch für den handwerklich-gewerblichen Bereich.

Zentrales Thema und Dreh- und Angelpunkt katholischer Besorgnis im gesamten Reich war der – von den Nationalliberalen unterstützte und befeuerte – Kulturkampf Bismarcks gegen die katholische Hierarchie, das Vereinswesen und das als reichsfeindlich bekämpfte Zentrum¹¹. Zwar blieb dank Mittnacht und König Karl einer- und Bischof Hefele mit seiner Zurückhaltung im Interesse des konfessionellen Friedens andererseits Württemberg, im Gegensatz etwa zu Baden, ein Kulturkampf erspart. Es galt sogar als „Oase des Friedens“; dieser war allerdings „keineswegs erfreulich“; Bachem spricht von einer „schlechten Behandlung“¹². Insgesamt war das „Volksblatt“ davon überzeugt, dass *Bismarcks politisches System auf dem Kulturkampf fußt*¹³.

In der Presse erschienen im November 1876 Listen der Landtagskandidaten; für die katholischen Bezirke wurden auch Bewerber der – nicht existierenden – katholischen Landespartei benannt¹⁴. Bei den Wahlen im Dezember gelang es, „15 überzeugte katholische Abgeordnete“ zu entsenden¹⁵. Die evangelische Presse kommentierte den Achtungserfolg durchweg negativ. So wurde etwa darauf verwiesen, dass die *ultramontane (streng katholische) Partei das Tafeltuch zur Volkspartei zerschnitten habe*, sei sie doch in deren bisherige Domänen eingebrochen. Angeblich habe die Kammer nun *auch ihre eigene katholische Partei (Zentrumspartei). Mit dem konfessionellen Frieden dürfte es daher, trotz der Friedensliebe des Bischofs,*

⁷ Vgl. ebd., S. 356; David BLACKBOURN, *Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914*, New Haven/London 1980, S. 96. Weitere Beispiele im Folgenden.

⁸ Das VB nannte sie spöttisch *patentirte Reichsfreunde*; ebd., Nr. 224 vom 4. 10. 1877.

⁹ BACHEM (wie Anm. 2) S. 351 f.

¹⁰ BLACKBOURN (wie Anm. 7) S. 81.

¹¹ Vgl. dazu etwa Hans-Ulrich WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914*, Bd. 3, München 1995, S. 892–902. – Probst war einer der Mitbegründer des Zentrums und gehörte 1871–1873 dessen Reichstagsfraktion an.

¹² BACHEM (wie Anm. 2) S. 349.

¹³ VB Nr. 249 vom 1. 11. 1876.

¹⁴ Der Kocherbote (künftig: KB) Nr. 136 und 137, 14. 11. und 16. 11. 1876.

¹⁵ Einschließlich des Vertreters des Domkapitels und des ältesten Dekans. BACHEM (wie Anm. 2) S. 354.

bald ein Ende haben¹⁶. Auch ein anderes Provinzblatt bedauerte die Wahl von *Klerikalen* und Anhängern des Zentrums. Sei doch dieses bestrebt, Württembergs bisherigen religiösen Frieden zu stören, indem es hier den *Culturkampf* heraufbeschwöre¹⁷ – eine krasse Verdrehung der tatsächlichen Verhältnisse. Etwas später fand das Blatt jedoch konziliantere Töne: Man hoffe, die Katholiken würden sich mit den erkämpften Mandaten begnügen und keine *weitere[n] Zwecke* verfolgen¹⁸.

Ganz und gar negativ reagierte der Gaildorfer „Kocherbote“. Unter Verweis auf den *Fanatismus* des Großteils des katholischen Klerus gegen *Andersgläubige* und den *Missbrauch* religiöser Gefühle hinterfragte das Blatt die Rolle des Landesbischofs. Das Erscheinen der Landespartei bedeute, dass *der längst angetastete kirchliche Friede* nun *vollends gebrochen* sei. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, so verfallende *in kurzer Zeit* der württembergische Katholizismus *dem krassesten Ultramontanismus*. Bemerkenswert war auch der dort erhobene Vorwurf einer *Ablängung* der Existenz einer katholischen Landespartei¹⁹. Das „Volksblatt“ betonte, dass diese Bezeichnung trotz einer Zurückweisung allein von gegnerischer Seite weiterhin verwendet werde²⁰.

Auch nach der Eröffnung des Landtags Anfang Februar 1877 erschienen in der Presse teils spöttische, teils widersprüchliche Berichte und Spekulationen. Das Gaildorfer Blatt schrieb, von den *Centrumsmännern* sei bisher keiner in eine Kommission gewählt worden. Dies habe landesweit *lebhaften Beifall* gefunden. Die katholischen Abgeordneten befänden sich *theilweise in komisch-übler Lage*. Probst habe angeblich zugegeben, *dass der ganze Feldzug misslungen sei*; einflussreiche Abgeordnete verfolgten den Kurs, die *Zentrumsmänner zu ignorieren*²¹.

Mitte Februar schuf das „Volksblatt“ Klarheit über die Bildung der *Parteifractionen* im Landtag. Neu konstituiert habe sich eine Deutsche Landespartei unter der *parlamentarischen Führung* des evangelischen Vizepräsidenten von Schwandner²², dessen *sinnreiche Schöpfung* nichts anderes als eine *Umtaufung der alten Regierungspartei*, der sogenannten Ministeriellen, darstelle. Schwandner sei es gelungen, *eine Anzahl Neulinge anzuwerben*. Zu den insgesamt 28 Mitgliedern²³

¹⁶ Grenzbote (Heidenheim) vom 23. 12. 1876. Herrn Baudisch vom Kreisarchiv Heidenheim sei für die Beschaffung der Zeitungskopie herzlich gedankt. – Zum Verhältnis zur demokratischen Volkspartei gilt, dass diese bisher im „katholischen Oberland“ über eine „starke Anhängerschaft“ verfügte. Vgl. BACHEM (wie Anm. 2) S. 348.

¹⁷ Haller Tagblatt Nr. 295 vom 17. 12. 1876.

¹⁸ Haller Tagblatt Nr. 305 vom 31. 12. 1876.

¹⁹ KB Nr. 154 vom 28. 12. 1876.

²⁰ VB Nr. 278 vom 6. 12. 1876.

²¹ KB Nr. 20 vom 15. 2. 1877, vgl. auch Nr. 23.

²² Vgl. zu ihm und den weiter genannten Abgeordneten die Kurzbiographien bei Frank RABERG, Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933, Stuttgart 2001.

²³ Deren Zahl und die der weiteren Katholiken dürften nicht endgültig sein. Einerseits hatten sich einige noch nicht entschieden, andererseits waren noch nicht alle Wahlen bestätigt.

gehörten neben Mittnacht als weitere Katholiken etwa Beutter (Neuenbürg), Hohl (Geislingen), Nußbaumer (Horb), Rapp (Saulgau) und von Schlierholz (Tettngang). Insgesamt war eine – erstaunliche – Dreiteilung der katholischen Abgeordneten erfolgt: Eine Reihe von ihnen schloss sich keiner Fraktion an („Wilde“), frühere Linke wie Dentler und Untersee kehrten dorthin zurück und erklärten, in *katholischen Fragen* eigenständig zu wirken. Wie verschiedene Presseberichte belegten, fiel den Abgeordneten die Entscheidung für eine Gruppierung häufig schwer²⁴.

Das „Volksblatt“ sah in dem Urnengang und seinen Folgen *viel Merkwürdiges* und meinte, man könne die parlamentarischen Gruppierungen *keineswegs als eine erfreuliche Thatsache begrüßen* und müsse hoffen, dass politische *Leidenschaftlichkeit* dem Parlament erspart bleibe. Auch gelte, dass mancher Wähler staunen würde, seinen Abgeordneten *plötzlich als ‚Regierungsmann‘ sich entpuppen zu sehen*. Bezogen war dies auf die Landespartei. Bedauert wurde auch, dass sich sieben ritterschaftliche Abgeordnete förmlich der Deutschen Partei anschlossen, die *mit besonderem Eifer das bewährte Alte bekämpfe*²⁵.

Als Fazit der bisherigen Entwicklung ist festzustellen, dass der mit dem Stuttgarter Programm vom 30. 10. 1876 angestrebte politische Aufbruch der Katholiken Württembergs mit einem Fiasko endete. Demzufolge beurteilte Karl Bachem die Entwicklung von 1876/1877 ganz und gar negativ. „Die Bildung einer förmlichen Zentrumsfraktion“ sei damals im Königreich „durchaus angemessen und nützlich gewesen“. Für das Scheitern machte er „eine übertriebene und ganz verfehlte Aengstlichkeit“ verantwortlich. Er sah diese vor allem auf kirchlicher Seite, die sowohl auf das „Wohlwollen“ der Regierung als auch auf das „Entgegenkommen“ der protestantischen Kammermehrheit fixiert war. Hinzu kam das „Widerstreben“ Probsts, der, obwohl seiner Kirche „treu ergeben“, seinen Einfluss als einer der Führer der Linken nicht verlieren wollte²⁶. Anzunehmen ist ferner, dass er Konflikte mit dem Landesbischof scheute.

Über Monate führte das „Volksblatt“ Nachhutgefechte mit der gegnerischen Presse, die die gegebenen Verhältnisse wider besseres Wissen verfälschte. Während die katholischen Abgeordneten zur neuen Regierungspartei, der Landespartei, oder zur Linken gestoßen waren und andere als „Wilde“ sich ihre *Freiheit* bewahrt hätten, verbreite der demokratische „Beobachter“ die gehässige *Fiktion* von der

²⁴ Vgl. dazu die genannten Berichte des Kocherboten. Der für Leutkirch gewählte Pfarrer Eggmann schwankte, hielt aber die Stellung eines Wilden für *unfruchtbar* und ging zur Landespartei; Allgäuer Volksfreund vom 15. 2. 1877. Für die Übersendung des Berichts sei Frau Sieglach vom Stadtarchiv Leutkirch gedankt. – Die hier skizzierte parlamentarische Gemengelage illustriert überdeutlich, dass die politische Stärke der Parteien bzw. Fraktionen für den Zeitraum vor 1895 nur „schwer, ja fast gar nicht“ zu bestimmen ist. C. GROSSE/C. RAITH (Bearb.), Beiträge zur Geschichte und Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871, Stuttgart 1912, S. 12.

²⁵ Zum Obigen VB Nr. 36 vom 15. 2. und Nr. 41 vom 21. 2. 1877. Herrn Georg Ott-Stelzner vom Wilhelmsstift Tübingen sei für die Bereitstellung der Zeitungen herzlich gedankt.

²⁶ BACHEM (wie Anm. 2) S. 354f.

Existenz einer katholischen Landespartei. Damit wolle man das demokratische Fehlverhalten in den katholischen Bezirken kaschieren; die – nicht existente – katholische Landespartei diene nun als *Prügelknabe*²⁷. Obwohl der „Beobachter“ die Richtigstellung akzeptierte, wartete er später mit einer Neubewertung des katholischen Programms vom 30. Oktober 1876 auf, das mehr oder weniger auf *leere[n] Vermuthungen* oder *perfide[m] Klatsch* basiere. Demnach hätten damals *ganz andere Absichten* bezüglich der katholischen Haltung im Landtag geherrscht. Der Abgeordnete Streich, *eigentliche[r] Anstifter* des Programms, unzufrieden mit seiner parlamentarischen *Einflusslosigkeit*, habe auf eine ihm *ergebene Phalanx* von Katholiken und damit auf größeren Einfluss gehofft. Dieses Kalkül sei jedoch geplatzt. Entrüstet wies das „Volksblatt“ dies zurück, habe doch Streich in *Wahlreden gewissermaßen sein Wort verpfändet*, dass eine Fraktionsbildung nicht geplant sei. Daher ginge es dem Demokratenblatt allein darum, *Andersgesinnte zu verlästern*. Das *Vertrauen* zu den katholischen *Führern* sei jedoch so keineswegs zu *erschüttern*²⁸.

Auch der „Schwäbische Merkur“ übte in seiner *Kronik* Kritik an den parlamentarischen Verhältnissen der Katholiken. Neben den inzwischen 29 Mitgliedern der Regierungspartei – gemeint war die Landespartei –, den Nationalliberalen und den Linken sah er eine katholische Gruppe der *Schwarzen*, die sich *nicht als förmliche Partei konstituiert* habe. Damit behaupte er letztlich die Existenz einer katholischen Landespartei und einer katholischen Kammerfraktion – für das „Volksblatt“ ein *absichtliches Blendwerk*. Die Katholiken seien ihrem Programm *treu geblieben*, hätten weder einen Klub gebildet noch *Vorbesprechungen* abgehalten und schließlich in Einzelfragen *ganz verschieden abgestimmt*. Hätten sie anderes gewollt, so wäre eine katholische Landespartei *in zweimal 24 Stunden fertig* gewesen. Das Blatt kritisierte die Nichtberücksichtigung der *als ultramontan geltenden* Abgeordneten bei den Kommissionswahlen heftig – damit sollte dokumentiert werden, dass sie im Lande *keinen Boden* hätten. Ansonsten unterstellte man dem „Merkur“, *am liebsten allen Centrumsmännern das Wort ganz [zu] entziehen*. Diese Haltung habe in den katholischen Teilen Württembergs *peinliches Aufsehen* erregt²⁹.

Als der „Merkur“ anlässlich der Sedansfeiern das Reich als *stärkstes Bollwerk gegen ultramontane Herrschaft* glorifizierte, wehrte sich das katholische Blatt vehement gegen diese bössartige *Intoleranz* als Antwort auf die *Treue* der Katholiken. Einen solchen Gegner könne man nicht mehr *achten*. Es sei eine *Schande*, wenn ein Katholik das Blatt *noch ins Haus lässt*³⁰.

²⁷ VB Nr. 60 vom 15. 3. 1877.

²⁸ VB Nr. 93 vom 26. 4. 1877.

²⁹ VB Nr. 169 vom 28. 7. 1877.

³⁰ VB Nr. 202 vom 6. 9. und Nr. 204 vom 8. 9. 1877. – Vgl. zur antikatholischen Hetze der ‚nationalen‘, d. h. evangelisch orientierten württembergischen Presse während der Kulturkampfzeit: STÄRK, Die Diözese (wie Anm. 5) S. 170 ff.

Die einschlägige landesgeschichtliche Literatur behandelt den katholischen Emanzipationsversuch³¹ und die Entwicklung um die Landespartei in der Regel stiefmütterlich und sozusagen en passant, zudem teilweise fehlerhaft. Offenbar wurde das Geschehen nur als Marginalie betrachtet. Präzise charakterisiert eine Internet-Seite der Württembergischen Landesbibliothek (WLB)³² die Landespartei als „Neugründung“ und „Interessenvertretung der konservativen Katholiken und der Ministeriellen“, die als „reine Fraktionspartei ohne außerparlamentarische Organisation“ wirkte. Demgegenüber spricht Grube nur von einer „katholischen Landespartei, die die ministeriell und konservativ Gesinnten unter den katholischen Abgeordneten vereinte, während die demokratisch gerichteten Katholiken traditionsgemäß zur Linken hielten“³³. Adam spricht letztlich verwirrend sowohl von einer „neuen katholischen Landespartei“, (mit der er offenbar die katholischen „Wilden“ meinte), und einer Landespartei aus vormaligen Ministeriellen und konservativen Katholiken. Zutreffend ordnet er die demokratischen Katholiken der Linken zu³⁴. Anderswo wird von einer „katholische[n] Landespartei“ aus ministeriell und konservativ „Gesinnten“ unzutreffend berichtet³⁵. Weitere zumeist unbefriedigende Aussagen sollen hier nicht mehr referiert werden.

Bemerkenswert ist, dass einige Autoren in Mittnacht den Schöpfer der Landespartei sehen, ohne dafür allerdings Belege zu liefern. Er habe sie als Realisierung früherer Pläne „entstehen lassen“³⁶. Als Motiv galt ihm deren Unterstützung seiner Politik³⁷. Die Plausibilität spricht für diese Sicht, war doch die Regierung letztlich einziger Nutznießer der Fraktion. So ist auch zu vermuten, dass Schwandner sozusagen im Dienste Mittnachts handelte.

Mit dem Tod Schwandners Ende August 1880 begann die parteipolitische Karriere des Abgeordneten Karl von Hohl, der seit 1870 das Oberamt Geislingen

³¹ Dieter LANGEWIESCHE (Hg.), *Das Tagebuch Julius Hölders 1877–1880*, Stuttgart 1977, erwähnt die Stuttgarter Erklärung vom 30. 9. 1876 (S. 54, Anm. 79).

³² „Entstehung und Entwicklung politischer Parteien in Württemberg“, WLB Stuttgart, 2013–2014 (https://www.wlb-stuttgart.de/fileadmin/user_upload/sammlungen/druckbestand/ParteienWuerttGesch1.pdf, Aufruf am 1. 11. 2019).

³³ Walter GRUBE, *Der Stuttgarter Landtag 1457–1917. Von den Landständen zum demokratischen Parlament*, Stuttgart 1957, S. 545.

³⁴ Albert Eugen ADAM, *Ein Jahrhundert Württembergischer Verfassung*, Stuttgart 1919, S. 165.

³⁵ Max MILLER/Paul SAUER, *Die württembergische Geschichte von der Reichsgründung bis heute*, Stuttgart 1971, S. 44. – Auch BLACKBOURN (wie Anm. 7) erwähnt die Landespartei erstauñlicherweise nur am Rande.

³⁶ Georg H. KLEINE, *Der württembergische Ministerpräsident Frhr. Hermann von Mittnacht (1825–1909)*, Stuttgart 1969, S. 42 f.

³⁷ Rosemarie MENZINGER, *Verfassungsrevision und Demokratisierungsprozeß im Königreich Württemberg*, Stuttgart 1969, S. 145 f.; Günter CORDES, *Württembergischer Landtag bis 1918*, in: Günther BRADLER/Franz QUARTHAL (Red.), *Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament*, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart 1982, hier S. 148.

vertrat und 1877 zur Landespartei gestoßen war. Inzwischen hoch angesehen wurde er nicht nur Nachfolger Schwandners als Vizepräsident des Landtags, er übernahm auch dessen Position als Führer der Landespartei³⁸, die er wohl bis 1891 behielt. Als solcher wurde er sogleich mit einer Herausforderung konfrontiert. Parlamentspräsident Julius Hölder erstrebte inzwischen, um den Zerfallsprozess der von ihm geführten Deutschen Partei zu überwinden³⁹, eine für ihn unproblematische Vereinigung mit der Landespartei. Dass Hohl nach der Stuttgarter Katholiken-Erklärung diese Meinung nicht teilen konnte liegt auf der Hand; es hätte die regierungstreuen Katholiken unglaubwürdig gemacht. So verhielt sich Hohl dilatorisch. Zunächst vermied er Gespräche, als solche dann stattfanden reagierte er ausweichend; Hölders Bestrebungen verliefen schließlich im Sande⁴⁰.

Bei den Landtagswahlen 1882 und 1889 änderten sich die Verhältnisse in der Kammer nicht wesentlich; Hohl konnte beide Male sein Mandat glänzend behaupten. Bereits im Mai 1882, Hölder war inzwischen Innenminister geworden, trat Hohl dessen Amt als Kammerpräsident an. 1889 wurde er als Präsident bestätigt. Inzwischen „mit Orden geradezu überhäuft“⁴¹ stand er im Zenit seiner politischen Laufbahn und schien für die Regierung unentbehrlich. 1889 trat jedoch ein neuer Matador der katholischen Sache in die Kammer: Der Jurist Adolf Gröber, seit 1887 Zentrumsmitglied im Reichstag, hatte den Sitz für Riedlingen mit dem erklärten Ziel erobert, endlich auch in Württemberg eine Zentrumspartei ins Leben zu rufen⁴². Die Aussichten dafür schienen insofern günstig, als 1887 das erneute Gesuch des Landesbischofs „Männerorden in einem gewissen Umfang“ im Lande zuzulassen, wiederum abgelehnt worden war. Diese Absage führte unter den Katholiken zu einer nachvollziehbaren Mobilisierung und „Erregung“⁴³. Hatte die Ablehnung einerseits den konzilianten Kurs des Bischofs diskreditiert, so war andererseits deutlich geworden, dass die Landespartei⁴⁴ nicht in der Lage war, katholische

³⁸ Frank RABERG hat Hohl neben einer Kurzbiographie im Biographischen Handbuch (wie Anm. 22, S. 392f.) in einem verdienstvollen Aufsatz gewürdigt (DERS., Vom Härtsfeld in die „große Politik“ – Karl von Hohl (1825–1899). Ein konservativer Katholik als Parlamentarier im Königreich Württemberg, in: Aalener Jahrbuch, Aalen/Stuttgart 1996, S. 95–132). Da Raberg die vom „Volksblatt“ publizierten Hintergründe zum Komplex Landespartei nicht vorlagen war es für ihn plausibel, Hohl als deren „Wortführer“ und Organisator zu sehen: er habe „die Abgeordneten der früheren konservativen Mittelpartei zu sich (gemeint ist die Landespartei, Verf.) herüber[ge]holt“ (S. 101) und ganz im Sinne des Landesbischofs die Bildung eines württembergischen Zentrums verhindert (S. 110).

³⁹ Vgl. dazu LANGEWIESCHE (wie Anm. 31) S. 25.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 22. Zu Hölders Avancen ebd., Tagebuch vom 18.9.1880 (hier S. 275), vom 2. 10. 1880 (S. 277) und vom 2. 11. 1880 (S. 283).

⁴¹ RABERG, Vom Härtsfeld (wie Anm. 38) S. 116.

⁴² Vgl. zu ihm die Kurzbiographie bei RABERG, Biographisches Handbuch (wie Anm. 22) S. 286 ff.

⁴³ BACHEM (wie Anm. 2) Bd. 8, S. 62 f.

⁴⁴ Conrad Haußmann hatte sie 1894 höhnisch als „königlich württembergische gouvernementale Beamtenpartei“ bezeichnet; KLEINE (wie Anm. 36) S. 43.

Interessen wirksam zu vertreten. „Das katholische Volk begriff, dass es seine Wünsche nicht durchsetzen konnte, wenn nicht eine bessere politische Organisation Platz griff.“⁴⁵

Schlüsselfigur der Bemühungen Gröbers war Rudolf Probst. Hatte Gröber noch 1889 Zweifel an dessen Haltung, so begünstigte 1890 die „Kriegserklärung“ der vom Sozialistengesetz befreiten Sozialdemokratie an das Zentrum die Umorientierung Probsts⁴⁶. Seit Ende 1890 in der Ordens- und Schulfrage engagiert⁴⁷, verließ er 1893 endgültig seine alte politische Heimat, die Linke⁴⁸. Zum Kontext der Entwicklung gehörte der 1890 gegründete Volksverein für das katholische Deutschland, zu dessen Initiatoren auch Gröber gehörte. Gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie und den „manchesterlichen“ Liberalismus gerichtet, wurde er zu einer Art Rückgrat der katholischen Bewegung⁴⁹.

Es war vornehmlich das „Werk“ Gröbers, dass die „Anomalie“ eines in Württemberg fehlenden Zentrums 1894/1895 endete⁵⁰. Mitte Mai 1894, noch vor Ende der Legislaturperiode, rief er während einer Versammlung des Volksvereins zur Bildung einer Fraktion auf und fand „begeisterte Zustimmung“. Am 11. Juli trafen sich in Ulm Repräsentanten des Volksvereins und Landtags- und Reichstagsabgeordnete, formulierten einen Aufruf und entwarfen ein stark mittelständisch orientiertes Programm. Zudem wurde ein Komitee gebildet, dem u.a. auch Gröber und Probst angehörten⁵¹.

Noch vor den Landtagswahlen am 1. Februar erfolgte am 17. Januar 1895 in Ravensburg vor etwa 500 Teilnehmern die konstituierende Landesversammlung des württembergischen Zentrums⁵². Die neuformierte Partei betonte in ihrem Wahlprogramm die Notwendigkeit der Wiederherstellung des durch „die Feind-

⁴⁵ BACHEM (wie Anm. 2) Bd. 8, S. 63.

⁴⁶ Vgl. BLACKBOURN (wie Anm. 7) S. 93.

⁴⁷ Vgl. BACHEM (wie Anm. 2) Bd. 8, S. 67.

⁴⁸ Die Katholiken und damit auch Probst mussten wahrnehmen, dass sich inzwischen bei der Volkspartei „eine klar zu erkennende Verschärfung der Abneigung gegen alles Katholische“ durchsetzte; BACHEM (wie Anm. 2) Bd. 8, S. 62. – Bereits Ende Januar 1889 meldete ein Provinzblatt, dass die katholischen Mitglieder der Linken die Fraktion verlassen wollten um *unter Probsts Führung* eine Zentrumsfraktion zu gründen; KB (Gaildorf) Nr. 14 vom 31. 1. 1889. Für längere Zeit blieb dies ein Gerücht; im November 1890 meldete der preußische Gesandte in Stuttgart, dass Gröber beabsichtige, eine württembergische Zentrumsfraktion zu bilden; Hans PHILIPPI, Das Königreich Württemberg im Spiegel der preußischen Gesandtschaftsberichte 1871–1914, Stuttgart 1972, S. 71.

⁴⁹ Vgl. zum Volksverein: BLACKBOURN (wie Anm. 7) S. 94f. und ausführlich die Darstellung im Lexikon zur Parteiengeschichte: Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 4, Leipzig 1986, S. 436–466.

⁵⁰ BACHEM (wie Anm. 2) Bd. 8, S. 57, 61.

⁵¹ Andreas GAWATZ, Wahlkämpfe in Württemberg, Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1889–1912), Düsseldorf 2001, S. 102. Vgl. auch Haller Tagblatt Nr. 161 vom 14. 7. 1894.

⁵² GAWATZ (wie Anm. 51) S. 102.

seligkeit“ gegen die Katholiken gestörten „konfessionellen Frieden[s]“ und damit die in der Verfassung „zugesicherte staatliche Gleichberechtigung der Konfessionen“ namentlich hinsichtlich der Orden und des Schulwesens. So sei die „christliche konfessionelle Schule mit allen Kräften zu vertheidigen“. Auch sozialpolitische Forderungen⁵³ wurden artikuliert: Gegen liberale Bestrebungen gewandt plädierte man für den Schutz der „ehrlichen Arbeit“ gegen „Wucher, Bedrückung, Übervorteilung und Ausbeutung“ und wollte neben der „freien Liebesthätigkeit der Kirche“ auch staatliche Hilfe gegen „die soziale Not“ sowie insgesamt die „Stärkung“ des gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes und eine „Verbesserung“ für die Arbeiterschaft⁵⁴.

Die Landtagswahl⁵⁵ brachte eine völlige Umgestaltung der parteipolitischen Verhältnisse. Während die demokratische Volkspartei mit 31 Abgeordneten der eigentliche Wahlsieger wurde und die krisengeschüttelte Deutsche Partei nur noch 13 Mandate erreichte, konnte das Zentrum 18 Sitze gewinnen, zwei katholische Privilegierte schlossen sich an⁵⁶. Während die Sozialdemokraten erstmals mit zwei Vertretern in der Kammer vertreten waren, bildete sich mit der bis 1900 existierenden Freien Vereinigung eine weitere – gemischte – Gruppierung ohne Fraktionsstatus. Ihr gehörten auch zwei Katholiken an: Ministerpräsident von Mittnacht und – überraschend – der kranke und eigentlich amtsmüde Karl von Hohl. Hohl ließ sich, von deutschparteilicher Seite gedrängt und gegen katholische Gegenkandidaten unterstützt (sic) zu einer erneuten Kandidatur bewegen, die er ohne eigene Aktivitäten in einer Stichwahl für sich entschied. Sein bisheriges Amt als Kammerpräsident verlor er an den Demokraten Payer. Für den reich dekorierten Exponenten des „Systems“ Mittnacht endete so seine parlamentarische Laufbahn enttäuschend. Er ließ sich in den Ruhestand versetzen und verstarb 1899 – möglicherweise im Bewusstsein, zum Unzeitgemäßen geworden zu sein.

*

Bei den sogleich verwässerten katholischen Emanzipationsbestrebungen von 1876 standen ursprünglich – jedenfalls bei einem Teil der Initiatoren – sicherlich ganz andere Absichten im Vordergrund. Diese 1877 vom „Beobachter“ geäußerte Vermutung war durchaus plausibel. Die landesgeschichtliche Literatur hat weder dieses Streben nach politischer Emanzipation gesehen, noch hat sie das kuriose Ergebnis dieser Bemühungen – das katholisch-evangelische Zwittergebilde der Landespartei – adäquat gewürdigt.

⁵³ BLACKBOURN (wie Anm.7) sprach von einem „growing sense of material neglect“ der Katholiken; ebd, S. 77.

⁵⁴ Abgedruckt in: Unsere Neue Kammer. Württembergischer Landtagsalmanach für 1895–1901, Stuttgart 1895, S. 77–86, die Zitate S. 77–80.

⁵⁵ BLACKBOURN sieht den Zentrumswahlkampf durch „bread-and-butter issues“ dominiert; kirchliche Fragen blieben dagegen im Hintergrund; DERS. (wie Anm. 7) S. 96.

⁵⁶ Eine Liste aller Abgeordneten in: Unsere Neue Kammer (wie Anm. 54).

Die zahlreichen Polemiken des evangelischen Establishments gegen „Zentrumler“ und Ultramontane sowohl im Vorfeld der Landtagswahl als auch nach der Fraktionsbildung 1877 – die ja für die Protestanten keinerlei Bedrohung darstellte – machen überdeutlich, dass der gescheiterte katholische Emanzipationsversuch sehr wohl berechtigt war. Sein Scheitern war das Ergebnis der überangepassten und überängstlichen Haltung des Landesbischofs, der auf das gute Verhältnis zum Monarchen und zur Landesregierung geradezu fixiert war und so aus ehrenwerten Gründen handelte.

Nicht ganz klar werden letztlich Haltung und Motive von Probst und den Mitinitiatoren der Stuttgarter Versammlung. Vorsichtig wurde zunächst vermieden, von einer zu gründenden Zentrumsfraktion zu sprechen. Dass man dann nach dem wohl zunächst mündlich erfolgten Veto des Landesbischofs gegen eine katholische Parteigründung die Emanzipationsbestrebungen bereits als gescheitert ansah liegt auf der Hand; auf eine Konfrontation mit Hefele konnte und wollte man sich nicht einlassen. Das nun folgende Fiasko – die Dreiteilung der katholischen Abgeordneten – war so unvermeidbar. Wenn das „Volksblatt“ anschließend loyal betonte, die Schaffung einer geschlossenen katholischen Gruppierung sei durchaus möglich, aber eben keineswegs beabsichtigt gewesen, trug es realiter nur der tatsächlichen Situation Rechnung.

Die gewählten katholischen Abgeordneten sahen sich nach der Eröffnung des Landtags im Februar 1877 mit einer verwirrenden Gemengelage konfrontiert, bei der eine Entscheidung zur schwierigen Gewissensfrage wurde. So konnten und wollten sich nicht alle Gewählten der (Deutschen) Landespartei anschließen, an deren Spitze schließlich ein Protestant stand, hinter dem Mittnacht als „Geburts helfer“ zu vermuten war⁵⁷. Auch deren Charakter als Regierungspartei wurde von manchen Wählern – solchen die vorher für die oppositionelle Volkspartei votiert hatten – sicherlich kaum gutgeheißen. Die „wildern“ und die linken Katholiken konnten jedenfalls in der Landespartei kaum ein Instrument zur Wahrung katholischer Interessen erkennen.

Dies galt auch, als Hohl die Leitung der Landespartei übernahm⁵⁸. Er wehrte zwar Hölders Avancen zur Fusion mit den Nationalliberalen ab, blieb ansonsten jedoch mehr dem – vermeintlichen – Staatsinteresse und Mittnacht verpflichtet als der katholischen Emanzipation. Dies wird auch durch seinen Nichtbeitritt zum Zentrum 1894/1895 deutlich.

Die sich mit Adolf Gröbers⁵⁹ Eintritt in den Landtag abzeichnende Wende war sozusagen überfällig. Er war, 1854 geboren, als Angehöriger der jüngeren Genera-

⁵⁷ Er bezeichnete sich 1894 als „Fraktionsmitglied honoris causa“. An Besprechungen der Landespartei habe er nicht teilgenommen; KLEINE (wie Anm. 36) S. 43.

⁵⁸ Als deren „Vorstand“ wird 1891 bei August ALLGAIER der evangelische Generaldirektor der Staatsbahnen, August Ludwig von Hofacker, genannt; DERS., Die Stände Württembergs, Stuttgart 1891, S. 37.

⁵⁹ Vgl. RABERG, Biographisches Handbuch (wie Anm. 22) S. 286 ff.

tion⁶⁰ nicht mehr von jenen Bedenken belastet, denen sich etwa Probst ausgesetzt sah. Der Tod des Monarchen 1891 und Bischof Hefeles 1893 hatten ohnehin tatsächliche bzw. vermeintliche Hindernisse für einen Neubeginn beseitigt. Die Zentrumsgründung – die letzte im Deutschen Reich – wurde zur Erfolgsgeschichte; bis 1933 spielte die Partei eine wichtige Rolle in der Politik Württembergs. Ohne ihr Vorsitzender zu sein, blieb Gröber – auch in der Reichspolitik aktiv – bis zu seinem Tod 1919 de facto ihr führender Kopf⁶¹.

⁶⁰ Zu ihr gehörten auch seine Mitstreiter Johannes (von) Kiene (geb. 1852) und Alfred Rembold (geb. 1844). Letzterer war von 1895 bis 1919 erster Vorsitzender der Partei. Zu ihnen ebd., S. 439 ff., S. 712 f.

⁶¹ BLACKBOURN (wie Anm. 7) S. 61, Anm. 1 bezeichnet Gröber als „one of the most important south German leaders of the Centre“.